

Stand: 03.05.2024 07:20:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1697

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie I - Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung (Kap. 07 01 Tit. 421 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1697 vom 09.04.2024



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Sparsames Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und
Energie I – Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung
(Kap. 07 01 Tit. 421 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 01 wird der Ansatz im Tit. 421 01 (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung) für das Jahr 2024 von 472,5 Tsd. Euro um 72,5 Tsd. Euro auf 400,0 Tsd. Euro reduziert.

In Kap. 07 01 wird der Ansatz im Tit. 421 01 (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung) für das Jahr 2025 von 486,2 Tsd. Euro um 86,2 Tsd. Euro auf 400,0 Tsd. Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Notwendigkeit, die Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung zu verringern, ist dringlicher denn je. Angesichts der anhaltenden Inflation und Wirtschaftskrise in Deutschland und den damit verbundenen Herausforderungen, wie sinkende Reallöhne in der Privatwirtschaft, ist es unverhältnismäßig und ungerecht, dass sich Regierungsmitglieder eine Erhöhung ihrer Bezüge gönnen. Diese Maßnahme würde nicht nur ein Zeichen der Solidarität in schwierigen Zeiten setzen, sondern auch dazu beitragen, die ausufernde Staatsquote zu kontrollieren und den Bürgern ein Gefühl der Fairness und Gleichheit zu vermitteln. Angesichts der wirtschaftlichen Realitäten und der Notwendigkeit, Ressourcen effizient einzusetzen, ist eine Anpassung der Bezüge der Staatsregierung ein Schritt in die richtige Richtung, um das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen zu stärken.